

Rußland in internationaler Politik und Wirtschaft. (II): Beziehungen zu internationalen Wirtschaftsorganisationen

Höhmann, Hans-Hermann; Meier, Christian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Höhmann, H.-H., & Meier, C. (1997). *Rußland in internationaler Politik und Wirtschaft. (II): Beziehungen zu internationalen Wirtschaftsorganisationen*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 35/1997). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47059>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Rußland in internationaler Politik und Weltwirtschaft

Teil II: Beziehungen zu internationalen Wirtschaftsorganisationen

Zusammenfassung

Teil II der Analyse behandelt die Beziehungen Rußlands zu IMF, Weltbank, Pariser Club, OECD und WTO und dokumentiert den gegenwärtigen Stand der russischen Bemühungen um die Etablierung des Landes als "global economic player". Die Einstellung Rußlands zu IMF und Weltbank ist nach wie vor zwiespältig. Einerseits bleiben die großen internationalen Finanzinstitutionen als Mittelgeber unverzichtbar, und die von ihnen formulierten Bedingungen können von reformorientierten Wirtschaftspolitikern in Moskau für die Zwecke der Stabilisierungspolitik sowie der marktwirtschaftlichen Systemtransformation argumentativ instrumentalisiert werden. Gleichzeitig versucht Rußland jedoch, sich von externen Abhängigkeiten und Einflußmöglichkeiten unabhängiger zu machen, teils durch ein Erschließen anderer Finanzierungsmöglichkeiten, teils auch dadurch, daß es seine weltwirtschaftliche Position durch Mitarbeit in anderen Institutionen der internationalen Wirtschaft "normalisiert". Im Zeichen solcher Bestrebungen steht die Regelung bzw. Weiterentwicklung der Beziehungen Rußlands zu Pariser Club, OECD und WTO. Von der erreichten Mitgliedschaft im Pariser Club erhofft sich Rußland eine Aufwertung und Effektivierung seiner Rolle als Gläubigerland. Die Annäherung an die OECD zielt auf eine Statusverbesserung des Landes als entwickelte Marktwirtschaft. Von einer WTO-Mitgliedschaft schließlich erhofft man sich in Moskau einerseits Vorteile als Welt-handelspartner, andererseits Wirkungsspielräume als Akteur der internationalen Wirtschaftspolitik. Während die Aufnahme in den Pariser Club erreicht werden konnte, ist der Weg zu OECD und WTO noch weit.

Nachdem in Teil I der vorliegenden "Aktuellen Analyse" die Aufnahme Rußlands in den Kreis der ständigen Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels im Kontext der jüngsten wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen behandelt wurde,¹ erörtert Teil II die Beziehungen des Landes zu internationalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen. Neben den zwiespältigen Einstellungen zu IMF und Weltbank werden vor allem die Bemühungen Rußlands aufgezeigt, seine Position in der Weltwirtschaft durch Mitarbeit in anderen Institutionen der internationalen Wirtschaft zu "normalisieren", wobei Pariser Club, OECD und WTO besondere Bedeutung zukommt.

¹ Vgl. H.-H. Höhmann/C. Meier, Rußland in internationaler Politik und Weltwirtschaft, Teil I: Der "Gipfel der Acht" von Denver, Aktuelle Analysen des BIOst, Köln, 34, 1997.

Das Verhältnis Rußlands zu IMF und Weltbank

Was das russische Verhältnis zum IMF und Weltbank betrifft, so ist es mehr durch die Zählebigkeit bisheriger Probleme und Beziehungsmuster als durch den frischen Schwung des Moskauer Regierungswechsels und davon ausgelöster Hilfsangebote geprägt. Dreh- und Angelpunkt der Zusammenarbeit mit dem IMF ist nach wie vor die Vereinbarung vom 22. Februar 1996 über die Gewährung einer "Extended Fund Facility" (EFF) im Gesamtumfang von 6901,0 Mio. SZR (ca. 10,1 Mrd. USD), die 160% der russischen IMF-Quote entspricht, mit einer Laufzeit von 36 Monaten. Vorgesehen ist, im ersten Jahr 65% (2803,5 Mio. SZR = 4.093,1 Mio. USD), im zweiten Jahr 55% (2372,2 Mio. SZR = 3463,4 Mio. USD) und im dritten Jahr 40% (1725,3 Mio. SZR = 2518,9 Mio. USD) dieser Quote auszuführen. Im ersten Jahr sollte die Auszahlung in monatlichen Tranchen von 233,6 Mio. SZR (rd. 340 Mio. USD) erfolgen, allerdings nur dann, wenn jeweils zuvor die strikte Einhaltung vereinbarter geld- und fiskalpolitischer Parameter festgestellt worden war.² Weil der IMF in der Frage der Konditionalität hart blieb, wurde die termingerechte Auszahlung der Kredittranche für Juli 1996 wegen Überschreitung des Haushaltsdefizits und nur marginaler Fortschritte bei der Steuererhebung ausgesetzt³ und erst Ende August genehmigt.⁴ Aus dem gleichen Grund verzögerte sich die Freigabe der Kredittranchen für die Monate November und Dezember 1996 bis Anfang Februar 1997.⁵ Erst im Mai 1997 gab der IMF grünes Licht für die Auszahlung der Januar- und Februar-Beträge.⁶ Zu diesem Zeitpunkt war auch die grundsätzliche Freigabe der zweiten EFF-Jahresrate in Höhe von 2372,2 Mio. SZR = 3463,4 Mio. USD erteilt worden, weil sich die russische Regierung und der IMF auf einen neuen wirtschaftspolitischen Fahrplan geeinigt hatten. Dieser enthielt nicht nur geld- und fiskalpolitische, sondern vor allem reform- und strukturpolitische Vorgaben, u.a. im Bereich der Steuergesetzgebung. Künftig wird der IMF deren Umsetzung nicht mehr monatlich, sondern vierteljährlich kontrollieren und dementsprechend die Kreditauszahlung in Quartalsbeträgen vornehmen oder bei Nichteinhaltung wie schon bisher erneut unterbrechen.

Doch unabhängig davon muß sich das neue Moskauer Reformkabinett schon jetzt verstärkt darum bemühen, von einer Finanzierung des Staatshaushalts durch zinsgünstige IMF-Gelder wegzukommen und sich damit der permanenten IMF-Kontrolle zu entziehen. Man sieht offenbar gute Chancen dafür, weil es gelungen ist, Eurobond-Anleihen auf den internationalen Kapitalmärkten, wie z.B. jüngst in Deutschland, erfolgreich zu platzieren⁷ und weil vor allem die Weltbank weiterhin große Finanzmittel für Rußland bereithält. Vor Ablauf des Geschäftsjahres am 30. Juni 1997 hat deren Exekutivrat sechs Kredite im Wert von 884,6 Mio. USD, darunter ein Strukturanpassungsdarlehen von 600 Mio. USD, sowie weitere 800 Mio. USD für ein umfangreiches Sozialreformprogramm genehmigt. Diese Kreditzusagen sind Teil eines geplanten Gesamtkredits von rd. 3 Mrd. USD für Rußland im Kalenderjahr 1997. Die restlichen 1,3 Mrd. USD sollen zu einem Teil wiederum als Darlehen für die Restrukturierung der Kohlebergwerke und zum anderen als zweites allgemeines Strukturanpassungsdarlehen in Höhe von 600 Mio. USD ausgereicht werden. Für das nächste Kalenderjahr sind weitere Kreditmittel von rd. 3 Mrd. USD im Gespräch.⁸ Allerdings macht die Weltbank keinen Hehl daraus, daß ihre Zusagen insbesondere für die beiden Strukturanpassungsdarlehen, die jeweils in einer Tranche ausbezahlt werden, von der Vorlage exakt definierter Projekte und von den IMF-Befunden über die Qualität der russischen Stabilitäts- und Strukturpolitik abhängig sind.⁹ Deshalb ist zu erwarten, daß die Moskauer Regierung kaum in der Lage sein wird, diese Finanzmittel im vollen Umfang zu nutzen, weil sie schon bislang von den zur Verfügung gestellten Beträgen der Weltbank in Höhe von 6,4

² H.-H. Höhmann/C. Meier, Rußland und der Westen im Jahr der Präsidentschaftswahlen: Interessen, Perzeptionen, Formen der Zusammenarbeit, in: Berichte des BIOst, Köln, 37, 1996.

³ VWD-Rußland mit GUS-Staaten, 141, 24.7.1996.

⁴ VWD-Rußland mit GUS-Staaten, 163, 23.8.1996.

⁵ VWD-Rußland mit GUS-Staaten, 26, 6.2.1997.

⁶ VWD-Rußland mit GUS-Staaten, 95, 21.5.1997.

⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung (fortan: FAZ), 13.3.1997; Süddeutsche Zeitung, 13.3.1997.

⁸ FAZ, 4.6.1997.

⁹ Nachrichten für Außenhandel, 22.4.1997.

Mrd. USD nur Gelder bis zu 2,7 Mrd. USD, darunter lediglich 1,5 Mrd. USD für genau definierte Strukturprogramme, abzurufen vermochte. Dies galt im übrigen auch für staatlich garantierte Kredite westlicher Geberländer.¹⁰

Aufnahme Rußlands in den Pariser Club

Schon vor, aber erst recht nach der Unterzeichnung der Vereinbarung über eine mittelfristige Umschuldung der russischen Auslandsverbindlichkeiten zwischen dem Pariser Club und Rußland am 29. April 1996 hatte die Moskauer Regierung ihre Bemühungen um eine Aufnahme in diese Organisation verstärkt. Ihr gehören heute 19 westliche Gläubigerstaaten an, die sich von Fall zu Fall treffen, wenn es darum geht, öffentliche oder öffentlich garantierte Kredite staatlicher Gläubiger oder Garanten umzuschulden. Zur Begründung wurde angeführt, daß die Sowjetunion – deren Nachfolger in Finanzbelangen Rußland ist – zahlreichen Staaten, vornehmlich aus der Dritten Welt, beträchtliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt hatte, die sich nach russischen Angaben auf bis zu 125 Mrd. USD belaufen. Nachdem der französische Präsident des Pariser Clubs, C. Noyer, Ende Mai 1996 offenbar ohne vorherige Abstimmung mit den G7-Staaten bereits eine westliche Aufnahmebereitschaft signalisiert hatte, wurde der Moskauer Regierung auf dem Lyoner Weltwirtschaftsgipfel bedeutet, daß die April-Vereinbarung allenfalls den Weg freimache für Gespräche mit den Mitgliedern des Pariser Clubs über die Frage, ob Bedingungen für Rußlands Beteiligung als Gläubiger vereinbart werden könnten. Zum damaligen Zeitpunkt verspürte man offensichtlich wenig Neigung, den Pariser Club in eine Organisation zur Eintreibung russischer Forderungen aus der Zeit der alten Sowjetunion umzufunktionieren, schon weil die aus der Praxis der damaligen sowjetischen Geldvergabe resultierenden technischen Probleme, wie z.B. der Wechselkurse, als kaum rasch lösbar angesehen wurden.

Trotz dieser mehr oder weniger offen geäußerten Einwände im Westen verfolgte die Moskauer Regierung das Ziel einer russischen Mitgliedschaft im Pariser Club offenbar hartnäckig weiter. Es gelang ihr, die Voraussetzungen dafür durch die abschließende Vereinbarung mit den privaten Gläubigern im Londoner Club und insbesondere durch die Übereinkunft mit Frankreich über noch offene Altforderungen aus der russischen Zarenzeit deutlich zu verbessern.¹¹ So überraschte es nicht, daß nach der von Clinton und Jelzin am 21. März 1997 in Helsinki lancierten "gemeinsamen Wirtschaftsinitiative" und nach der positiven Resonanz im Westen auf den Kurs des neuen russischen Kabinetts der Reformen bereits am Tag der Eröffnung des Denver-Gipfels eine grundsätzliche Einigung zwischen dem Pariser Club und Rußland über dessen Aufnahme bekanntgegeben wurde. Diese Übereinkunft wertete der stellvertretende US-Finanzminister L. Summers als Zeichen der "Beendigung des Kalten Krieges auch im internationalen Finanzsystem".¹²

Von der Mitgliedschaft im Pariser Club, die der IMF vorbehaltlos begrüßte, erhofft sich die Moskauer Regierung die Unterstützung der Organisation westlicher Gläubiger bei ihren Bemühungen, wenigstens einen Teil der noch offenen Forderungen aus den Zeiten der UdSSR einzubringen. Sie hat sich allerdings verpflichten müssen, vor dem eigentlichen Beitritt zum Pariser Club diese auf ca. 140 Mrd. USD veranschlagten Forderungen nach unten zu berichtigen, von denen – so der stellvertretende Leiter der Präsidialverwaltung, A. Liwshiz – grob geschätzt etwa ein Drittel auf sogenanntes Sondereigentum, d.h. Militärlieferungen der ehemaligen UdSSR an Staaten der Dritten Welt entfällt. Diese Berichtigung schmälert nach Ansicht des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten A. Tschubais die russischen Interessen nicht, da die internationalen Notierungen dieser Schulden in vielen Fällen 15%, in einigen aber nur 4% des nominellen Umfangs betragen. Was die Größenordnung der Berichtigung anbelangt, so geht der Vizepremier vorläufig davon aus, daß sich die Abschläge in einer Bandbreite von 25 bis 75%, in Einzelfällen sogar bis zu 90% bewegen dürften. Danach unterliegen die berichtigten Forderungen den geltenden Umschuldungsregeln des Pariser Clubs. Da es sich

¹⁰ H.-F. Ruwwe, Rußland – Wirtschaftstrends zur Jahresmitte 1997, in: Bundesstelle für Außenhandelsinformation (Hrsg.), Länderreports, 1197, S. 13.

¹¹ New Europe – Global Independent Weekly, 214, 29.6.-5.7.1997, S. 16.

¹² FAZ, 23.6.1997.

hier größtenteils um Forderungen in Rubel handelt, ist eine Umwertung in USD erforderlich. Diesbezüglich sollen nach Angaben des stellvertretenden russischen Finanzministers, M. Kasyanow, Vertreter des Pariser Clubs einem Umtauschkurs von 0,60 Rubel für einen USD zugestimmt haben.¹³

In der jüngsten Übereinkunft hat sich die Moskauer Regierung überdies verpflichten müssen, den Pariser Club nicht für die Eintreibung der russischen Forderungen gegenüber den "Paria-Staaten" Irak und Libyen zu instrumentieren.¹⁴ Außerdem ist es für sie ausgeschlossen, Altschulden der UdSSR gegen neu bewertete Forderungen aufzurechnen.¹⁵

Stärkere Verbindungen mit der OECD

Zwischen der OECD und der damaligen UdSSR sind im September 1990 erstmals formale Kontakte aufgenommen worden. Bezugspunkt war zunächst ein Allgemeines Arbeitsprogramm der OECD für die Zusammenarbeit mit osteuropäischen Transformationsstaaten, das auch nach der Auflösung der UdSSR für Rußland und die anderen GUS-Staaten verbindlich war. Doch während die Visegrád-Staaten bereits ab 1991 mit der OECD länderspezifische Programme zur Unterstützung ihrer marktwirtschaftlichen Umgestaltung vereinbarten, wurde zwischen der OECD und Rußland erst am 8. Juni 1994 eine "Declaration of Co-operation" unterzeichnet. Auf dieser Basis wurde ein Jahr später ein spezielles Rußlandprogramm erarbeitet, das die Bereitstellung von Beratung und technischer Hilfe der OECD für 25 Bereiche, wie z.B. Steuergesetzgebung und -verwaltung, Wettbewerbspolitik, Corporate Governance, Auslandsinvestitionen, Finanz- und Bankenreform, vorsieht. Damit stellt es das umfangreichste Länderprogramm dar, das zwischen der OECD und einem Nichtmitgliedstaat ausgefertigt worden ist. Außerdem ist es für russische Regierungsvertreter möglich, in mehr als 20 OECD-Komitees und -Arbeitsgruppen mitzuwirken und deren Expertise zu nutzen.¹⁶

Auf der Tagung des OECD-Rates am 21. Mai 1996 legte die russische Regierung einen schriftlichen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der OECD sowie in ihren zwei Sonderorganisationen, der Internationalen Energie-Agentur (IEA) und der Kernenergie-Agentur (NEA) vor. Wenngleich dieser Vorstoß zunächst wohl nur Teil einer breitangelegten Offensive zur Aufwertung Rußlands und seines um Wiederwahl ringenden Präsidenten war, so ließ sich doch nicht übersehen, daß Rußland in dem Maße, wie sich die OECD gegenüber den Transformationsstaaten Ostmitteleuropas, von denen zu diesem Zeitpunkt die Tschechische Republik und Ungarn bereits OECD-Mitglieder waren und Polen sowie die Slowakische Republik "ante portas" standen, nicht außerhalb dieser wichtigen internationalen Kooperationsgemeinschaft bleiben wollte. Da eine Vollmitgliedschaft in der OECD im Prinzip keine rein politische Frage des Wollens oder Nichtwollens ihrer Mitglieder ist, sondern an die vorherige Erfüllung eines festen Regelkomplexes gebunden ist, konnte der zu diesem Zeitpunkt amtierende OECD-Ratsvorsitzende, der österreichische Bundeskanzler F. Vranitzki, lediglich einer doppelten Erwartung Ausdruck verleihen. Sie richtete sich darauf, daß erstens dieser Antrag auch nach dem Ausgang der russischen Präsidentschaftswahlen noch aufrechterhalten wird und daß zweitens durch eine OECD-konforme russische Wirtschaftsgesetzgebung und -praxis die Voraussetzungen für einen OECD-Beitritt des Landes geschaffen werden.

Um die Moskauer Regierung dabei tatkräftig zu unterstützen, unterzeichneten am 27. Mai 1997 der russische Außenminister J. Primakow, der damalige französische Wirtschafts- und Finanzminister J. Arthuis (in seiner Funktion als amtierender Vorsitzender des OECD-Ministerrats) und der OECD-Generalsekretär D. Johnston ein Protokoll über die Einrichtung eines Verbindungskomitees zwischen der OECD und Rußland und vereinbarten darüber hinaus auch eine Ausweitung des bestehenden Länderprogramms.¹⁷ Fortan wird die OECD die Moskauer Regierung nicht nur in Fragen beraten, die

¹³ Vgl. Fußnote Nr. 10.

¹⁴ International Herald Tribune, 23.6.1997.

¹⁵ H. Hutter, Rußland will nicht nur Schuldner sein, in: VWD-Rußland mit GUS-Staaten, 118, 24.6.1997, S. 3.

¹⁶ OECD, Transition Brief, 5, Autumn 1996, S. 2.

¹⁷ OECD, Transition Brief, 7, Spring/Summer 1997, S. 4.

die Erfassung von Wirtschaftsdaten, die Steuergesetzgebung und -verwaltung sowie ausländische Direktinvestitionen betreffen, sondern sie wird sich auch mit dem OECD-Kodex zur Handelsliberalisierung und den Instrumenten zur Gleichbehandlung von Ausländern vertraut machen. Sie sind Bestandteil eines Bedingungskatalogs, dessen exakte Erfüllung für die OECD-Mitgliedschaft ostmitteleuropäischer Transformationsstaaten bislang jedenfalls unverzichtbar war. Ob im Falle Rußlands die Hürden für eine OECD-Aufnahme genauso hoch sein werden, bleibt abzuwarten. Es gibt Bestrebungen, bei einer künftigen OECD-Erweiterung nach dem "Major Player Approach" zu verfahren, d.h. die Organisation für Länder zu öffnen, die einen signifikanten Einfluß auf die Weltwirtschaft haben oder als Zukunftsmärkte für OECD-Produkte gelten. Zu solchen Ländern werden in der jüngsten OECD-Studie "On Globalisation and Linkages" Rußland, China, Indien, Brasilien und Indonesien gerechnet.¹⁸ Im Kommuniqué des Denver-Gipfeltreffen der Acht äußerten die Teilnehmer ihre Erwartung, daß "weitere Fortschritte in Rußland in bezug auf den Beitritt zur OECD unter Nutzung des Potentials des vor kurzem von Rußland und der OECD eingesetzten Verbindungsausschusses" eintreten werden.

Forcierung des Beitritts zur WTO

Was die Gründe für das russische Drängen auf WTO-Mitgliedschaft betrifft, so werden gleichermaßen politische wie wirtschaftliche Argumente ins Feld geführt. Rußland möchte schon aus Prestigegründen allen wichtigen internationalen Organisationen angehören und als sich neu konstituierende Weltmacht ein Mitspracherecht erhalten. Außerdem ist die WTO-Zugehörigkeit ein wichtiges Signum für die Unumkehrbarkeit des wirtschaftlichen Transformationsprozesses in Rußland sowie für die Einbindung des Landes in die Weltwirtschaft. Weiter erwartet die russische Regierung von einer WTO-Aufnahme des Landes meßbare Handelsgewinne in einer Größenordnung von bis zu 3 Mrd. USD jährlich, die ihr jetzt wegen diskriminierender Handelspraktiken verlorengehen. Schließlich gewährleistet eine WTO-Mitgliedschaft einen zuverlässigen Rahmen für die Beilegung von Handelsstreitigkeiten, in die Rußland wegen permanenter Dumpingvorwürfe verwickelt ist. Bevor das Land allerdings in den Genuß der Vorteile eines WTO-Mitglieds kommen wird, sind, wie es der japanische WTO-Botschafter M. Endo schon 1995 griffig formulierte, "Berge von wirtschafts-, finanz-, handels- und systempolitischen Problemen erfolgreich zu überschreiten".¹⁹

Dennoch zeigt sich Vizepremier A. Tschubais betont optimistisch, die Aufnahme Rußlands in die WTO schon Ende nächsten Jahres zu erreichen. Dabei stützt er sich offenbar auf die bereits zitierte gemeinsame amerikanisch-russische Wirtschaftsinitiative vom 21. März 1997, in der es heißt, daß beide Seiten ein Maximum an Bemühungen daransetzen wollen, um 1998 den Beitritt Rußlands zur WTO unter den marktwirtschaftlichen Bedingungen, die üblicherweise bei neuen Mitgliedern gelten, zu erzielen.

Weil der Vizepräsident der EU-Kommission, L. Brittan, das jüngste Moskauer Gesuch, Rußland schon im gegenwärtigen Stadium der politisch-ökonomischen Transformation einen marktwirtschaftlichen Status zuzuerkennen und damit weitestgehend von den EU-Antidumpingkontrollen für Staatshandelsländer zu verschonen, dahingehend beschieden hat, daß dies erst nach einer WTO-Mitgliedschaft möglich ist,²⁰ scheint die russische Regierung offenbar gewillt, sich im Verhältnis zur EU ihre ersten WTO-Sporen zu verdienen. Noch im Juli sollen die offenen Fragen im Zusammenhang mit russischen Textil- und Lebensmittelexporten in die EU geregelt und im Herbst Vorschläge für die Gestaltung diverser Dienstleistungstarife unterbreitet werden. Wie weit die russische Seite zusätzliche EU-Forderungen nach einer Reduzierung der durchschnittlichen Zolltarife – gegenwärtig für EU-Produkte bei 19% –, nach mehr Transpa-

¹⁸ J.-P. Tuveri, The Integration of NATO Partner Countries into Pan-European Economic Structures, in: Conference-Paper at NATO-Colloquium, Brussels, 25-27 June 1997.

¹⁹ Financial Times, 19.7.1995.

²⁰ New Europe – Global Independent Weekly, 213, 22.-28.6.1997, S. 18.

renz bei Agrarsubventionen sowie nach festen Regeln für die Kennzeichnung von Lebensmitteln und die Vergabe von Alkohollizenzen zu erfüllen bereit ist, bleibt abzuwarten.²¹ Da der Bedingungskatalog für die WTO-Aufnahme aber wesentlich umfangreicher ist und überdies noch eine Reihe anderer Fragen, wie z.B. die russische Wirtschaftskooperation mit den GUS-Ländern, klärungsbedürftig sind, dürften insbesondere die von amerikanischen Regierungsmitgliedern geäußerten Zweifel an einer WTO-Aufnahme Rußlands schon im Jahre 1998 berechtigt sein. Dies gilt trotz der Tatsache, daß unter Ziffer 2 des Kommuniqués über das Denver-Gipfeltreffen der Acht die Unterstützung eines baldigen russischen Beitritts zur WTO auf der Grundlage der für neue Mitglieder allgemein geltenden Bedingungen erneut bekräftigt wurde.

Hans-Hermann Höhmann/Christian Meier

²¹ Financial Times, 23.6.1997.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>